

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 41 (1947)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Schweizerische Rundschau

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Polen und den anderen „Volksdemokratien“, die keine bürgerliche Revolution durchgemacht haben und der geistigen Voraussetzungen für ein halbwegs annehmbares Funktionieren der politischen Demokratie fast gänzlich ermangeln, steht heute die Wahl nur zwischen Faschismus und Kommunismus. Bloße demokratische *Formen*, die keinen demokratischen *Inhalt* decken und nicht aus der ganzen Volkskultur herausgewachsen, sondern einfach nach westlich-parlamentarischem Schema von außen her, zum Beispiel durch diplomatische Noten oder durch Befehl einer Besatzungsbehörde, einem Staat aufgedrängt werden, laufen nur Gefahr, von den *Gegnern* der Demokratie ausgenutzt, missbraucht zu werden, und in Polen ist das denn auch ganz offenbar der Fall. Käme mit Hilfe demokratischer Formen, denen die Substanz der Demokratie fehlt, nämlich der freie, aus selbständigem Urteil der Bürger stammende Volkswille (in Polen gibt es heute im Vergleich zur Bevölkerungszahl nur ganz wenige Zeitungen; Millionen von Männern und Frauen sind für ihre politische Aufklärung ausschließlich auf die katholische Geistlichkeit angewiesen; auch das Analphabetentum ist noch weit verbreitet), käme auf diese Weise also etwa *Mikolajczyk* an die Macht, er würde sofort ein Werkzeug des kapitalistischen Westens gegen die polnische Revolution und gegen die Sowjetunion. Auch das ist im Ernst schwerlich zu bestreiten. Die Voraussetzungen für die politische Demokratie müssen im Osten eben erst geschaffen werden; es hat keinen Sinn, Trauben lesen zu wollen von den Dornen und Feigen von den Disteln.

Ceterum censeo: Der Osten wird nie demokratisch werden, solange der Westen kapitalistisch ist, und gar so aggressiv kapitalistisch, wie er sich jetzt wieder vielfach gebärdet. Und zwischen Osten und Westen wird es keinen echten Frieden geben, solange nicht ein Ausgleich zwischen den beiderseitigen Gesellschaftssystemen gefunden ist, der *beiden* ihr Recht lässt — ein Ausgleich auf der Grundlage eines freiheitlichen, aber radikalen Sozialismus.

12. Februar 1947.

Hugo Kramer.

## Schweizerische Rundschau

### Wirtschafts- und Sozialreform?

Auch wenn man die Welt nicht materialistisch anschaut, ist es immer hilfreich, bei der Zergliederung einer gegebenen Lage den Blick zunächst einmal auf die wirtschaftlichen Dinge zu richten, die im Leben jeder Gesellschaft eine so gewaltige Rolle spielen, und in deren Licht so manche Erscheinungen, die sonst mehr oder weniger verschwommen bleiben, eine klarere Form annehmen.

Die glänzende *Wirtschaftskonjunktur*, der sich die Schweiz erfreut,

zeigt noch keinerlei ernstliche Zeichen eines Abflauens. Im Gegenteil: sie scheint uns eher noch an Stärke und Umfang gewinnen zu wollen. In Industrie und Handel wird jedenfalls weiterhin beispiellos „dick“ verdient — an der Not *anderer* Völker vornehmlich! —, so daß viele Unternehmungen kaum wissen, wohin mit dem Segen, den sie vor den Steuerbehörden auch mit dem besten Willen nicht mehr verstecken können<sup>1)</sup>). Für die Arbeiterschaft hat diese Lage den doppelten Vorteil, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot beträchtlich übersteigt, also die Löhne hinauftreibt, und anderseits die Unternehmer imstande sind, Lohn- und Ferienforderungen der Gewerkschaften ohne Schmälerung der „normalen“ Gewinne auch tatsächlich zu erfüllen, oft direkt im Handumdrehen. Ohne das wäre es nicht möglich gewesen (was sogar im reichen und gedeihenden Amerika bisher vergeblich erstrebt wurde), einen so weitgehenden Ausgleich zwischen Preisen und Löhnen herzustellen, wie dies bei uns der Fall ist, stehen doch jetzt die Löhne im Durchschnitt sogar um ein paar Prozent höher, als es dem vom Index ausgewiesenen Teuerungsstand entspräche. Natürlich darf man diesen Erfolg des Gewerkschaftskampfes auch nicht überschätzen, bleibt doch die Verbesserung ihrer Lebenslage, die die Arbeiter gewonnen haben, weit hinter dem Maße dessen zurück, was sie hätten gewinnen können, wenn die Steigerung des Gesamtwirtschaftsvertrages allen Volkschichten gleichmäßig zugute käme, ohne Vorwegnahme des Anteils, den sich der Besitz in verschiedenen Formen — durch Unternehmerprofit, Zins, Rente usw. — dank dem gegenwärtigen Wirtschaftsregime zu sichern vermag.

Was die Arbeiterschaft aus der wirtschaftlichen Hochkonjunktur für sich herausgeholt hat, genügt aber dennoch, um in ihr ein unverkennbares Gefühl der *Sättigung* zu erzeugen, das sie mit der herrschenden Ordnung eher ausföhnt und in ihr den Willen zum Kampf für eine neue Wirtschaft und Gesellschaft zum mindesten nicht zu stärken geeignet ist. Nur so ist es beispielsweise zu erklären, daß der Schweizerische Metallarbeiterverband, also die weitaus stärkste Arbeiterorganisation des Landes, seit Jahr und Tag eine Politik ausgesprochener Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum betreibt, und von allem, was Klassenkampf und Sozialismus heißt, mehr und mehr abrückt, ja daß sogar einer seiner publizistischen Mitarbeiter<sup>2)</sup> die „freie Wirtschaft“, auf deutsch Kapitalismus genannt, in Tönen besingen kann, welche die „Neue Zürcher Zeitung“ zu einem langen Leit-

<sup>1)</sup> Ein Universitätsprofessor erzählte dieser Tage, wie für irgendeine rein intellektuelle Sache eine große Firma um einen Beitrag von 10 000 Franken angegangen worden sei und sozusagen postwendend nicht 10 000, sondern 20 000 Franken geschickt habe.

<sup>2)</sup> Vital Gawronski in der Festschrift für Konrad Ilg, den Präsidenten des SMUV.

artikel voll der schmeichelhaftesten Ausdrücke über diese Preisgabe des Ideals einer „Neuen Schweiz“, dieses uneingeschränkte Bekenntnis zu der Wirtschaftsauffassung des „fortschrittlichen Bürgertums“ (dessen Sprachrohr die „NZZ.“ ist) begeistert hat. Aus dem angedeuteten Gemütszustand eines bestimmten Teiles der schweizerischen Arbeiterschaft heraus ist es auch zu verstehen, daß namentlich in den Gewerkschaften heftige Unlust herrscht, den Kampf um die feinerzeit von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaftsbund gemeinsam eingeleitete Initiative für *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit*, für die der Bundesrat die Abstimmung so geschickt auf Mitte Mai in Aussicht genommen hat, mit derjenigen Entschlossenheit aufzunehmen, die allein Erfolg verdient. Dazu kommt, daß man jetzt vor allem die *Alters- und Hinterlassenenversicherung* unter Dach und Fach bringen will, gegen die nun wirklich das Referendum von einer Gruppe sozialrückschrittlicher Interessenten ergriffen worden ist, und befürchtet, ein Kampf um weitergehende, „utopische“ Ziele könnte einer Verwirklichung dieser näherliegenden großen Reform abträglich sein, wenn er vor demjenigen um die Altersversicherung ausgefochten werden müsse.

Es ist ja auch zuzugeben, daß sich die beiden Dinge, Wirtschaftsreform und Altersversicherung, einigermaßen in die Quere kommen; den Kampf um *beide* Vorlagen schnell hintereinander mit dem gleichen Aufwand von Kraft und Geld zu führen, erscheint fast unmöglich. Allein daß *fachlich* trotz der Altersversicherung, ja gerade ihrerwegen, unsere Arbeit in viel stärkerem Maß als bisher auch der *Geamtumwälzung* der Wirtschaft gelten muß, darüber kann es nicht gut zweierlei Meinungen geben. Nicht nur wird die Notwendigkeit einer Sozialisierung des privaten Versicherungsgewerbes und anderer Wirtschaftszweige, von denen der Widerstand gegen die Altersversicherung in erster Linie ausgeht, künftighin stärker sein als je, sondern es wird auch die Schwäche aller sozialen Reformen innerhalb einer Wirtschaft, die durch die Konjunkturschwankungen das Leben der ärmeren Volkschichten in ständiger Unsicherheit hält, beim Hereinbrechen einer neuen Krise wohl auch denjenigen Kreisen klar werden, die jetzt entrüstet jeden Zusammenhang zwischen Altersversicherung und Kampf gegen den Kapitalismus leugnen<sup>3)</sup>.

Im übrigen sollen auch andere aktuelle Nöte zur Besetzung der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen durch die Volksgemeinschaft drängen, so etwa der Mangel an *elektrischer Kraft*, der auf die Länge nur durch Vereinheitlichung und planmäßige Führung der ganzen schweize-

<sup>3)</sup> Das hat kürzlich im „Freien Aargauer“ Nationalrat Arthur Schmid getan, der wegen seiner „unabhängigen Haltung“ von der „Neuen Zürcher Zeitung“ immer wieder als Kronzeuge gegen „Neue Schweiz“ und Planwirtschaft angerufen wird und allmählich in jenem Blatt offenbar die gleiche Rolle spielt, die darin bisher ein Professor Fritz Marbach gespielt hat.

rifischen Elektrizitätswirtschaft wird behoben werden können. Und ob eine organische Reform der *Bundesfinanzen*, mit Vermögensabgabe, Erbschaftssteuer usw. möglich ist, ohne daß in die kapitalistischen Besitzverhältnisse selber kräftig eingegriffen wird, das erscheint nachgerade doch auch recht fraglich.

**Nein, Armeereform!** Je weniger die herrschende Klasse an eine gründliche Wirtschaftsreform heran will, desto eifriger widmet sie sich der Sicherung der bestehenden, jetzt aufs neue so wunderbar gedeihenden Ordnung durch „Brachialgewalt“ und bereitet jene große „Armeereform“ vor, die als kostlichste Frucht des zweiten Weltkrieges dem Schweizervolke beschert werden soll. Schon der Bericht General Guifans über den Aktivdienst 1939—1945 hat ja die Diskussion darüber in Gang gebracht; der Gegen- und Ergänzungsbericht des Bundesrates, der Ende Januar erschienen ist, spinnt nun den Faden seinerseits bedächtig weiter. Der Bundesrat bemüht sich dabei offenkundig, das Vertrauen in die Armee, das durch die manchmal recht ungeschminkte Sprache des Generals einigermaßen erschüttert worden war, nach Möglichkeit neu zu stärken und die Illusion wachzuhalten, daß die schweizerische Armee ganz gut aus eigener Kraft hätte bestehen können, wenn es in den hinter uns liegenden Jahren einmal Ernst gegolten hätte. Dabei fällt natürlich auch wieder der obligate Hieb nach links, mit der Bemerkung, wenn die Armee bei Kriegsausbruch nicht in jeder Beziehung bereit gewesen sei, so sei daran eben der Umstand schuld, daß die erforderlichen Militärkredite von der Bundesversammlung nicht rechtzeitig bewilligt worden seien; wir dürften, so fügt der Verfasser des bundesrätlichen Berichtes warnend hinzu, nicht immer mit dem günstigen Schicksal rechnen, das uns diesmal erlaubt habe, früher Vernachlässigtes in einer längeren Aktivdienstzeit nachzuholen. Der Bundesrat skizziert darum ein vorläufiges Programm für eine umfassende Armeereform, welche die Lehren des Krieges beherzige (so wie er sie eben versteht), und teilt bedeutungsvoll mit, dem Generalstabschef sei Auftrag erteilt worden, „gestützt auf die Gesamtkonzeption ein Rüstungsprogramm für die nächsten fünf bis zehn Jahre aufzustellen.“

Der große Plan für eine massive Neuaufrüstung, wie ihn die Offiziersgesellschaft weitblickend schon vor Jahren gefordert und umrissen hat — hier ist er nun also geboren oder doch wenigstens „gesamtkonzipiert“. Und was auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und der Sicherung der Existenz der unteren Volkschichten unmöglich, ja geradezu sündhaft ist, die Aufstellung eines Fünf- oder Zehnjahresplanes, das erweist sich plötzlich als die natürlichste Sache von der Welt, sobald es sich um militärische „Belange“ handelt. Daß man sich über diese grundverschiedene Haltung, je nachdem es um Sozial- oder Militärausgaben geht, im Volke ganz bestimmte Gedanken macht, das

dürfte zwar dem Bundesrat auch nicht ganz unbekannt sein. In der „Volksstimme“ wird zum Beispiel über ein Gespräch unter Arbeitern und Kleinbauern berichtet, das sich aus Anlaß des Referendums gegen die Altersversicherung entwickelt habe. „Keinen Rappen mehr für das Militär, wenn es diesen Großkapitalisten gelingen sollte, diese Vorlage zu Fall zu bringen!“, so habe es getönt. Und auf den schüchternen Einwand, man könne doch die Landesverteidigung nicht strikte ablehnen, hätten die Leute mit der Feststellung erwidert: „Ein Land, das eine Versicherung für die Alten, Witwen und Waifen ablehnt, kann man nicht mehr verteidigen. Wo ein solcher Geist herrschen sollte, da hört jede Verteidigungsmöglichkeit auf!“ Aber in den „oberen Regionen“ nimmt man solche Aeußerungen nicht mit Unrecht doch nicht so ernst; man weiß aus Erfahrung, daß das Volk zwar schnell ist, die Faust im Sack zu machen, aber langsam, sie den Herren auch wirklich unter die Nase zu halten.

Inzwischen ist mit der Revision des *Dienstreglementes* das erste Stück der großen Reform bereits mehr oder weniger fertig geworden; wenn aber der Chef der militärischen Ausbildung, Oberstkorpskommandant Frick, mit seiner (laut „Volk und Armee“) in einem Vortrag gemachten Behauptung, die deutschen Ausbildungs- und Erziehungsmethoden seien ganz richtig gewesen, und die deutsche Wehrmacht sei der alliierten nur darum unterlegen, weil die politische Führung ihr zu viel zugemutet habe, wirklich den an den maßgebenden Stellen herrschenden Geisteszustand widerspiegelt, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was bei der ganzen Armeereform schließlich herauskommt: die totale Militarisierung des Schweizervolkes und seiner politischen Einrichtungen<sup>4)</sup>.

Es gilt demgegenüber, dem Volke *rechtzeitig* bewußt zu machen, wohin es geführt werden soll, und was seiner harrt, wenn es sein Schicksal weiterhin Leuten überläßt, die aus dem Kriege tatsächlich *nichts* gelernt haben. Es gilt das Volk aufzurufen, die *wirkliche* Sicherung seiner Existenz — und im Zeitalter der Atombombe, des Raketenbeschusses und des „biologischen Krieges“ ginge es bei einer neuen Explosion des Gewaltgeistes tatsächlich um unser aller körperliche Existenz — auf die einzige Art vorzubereiten, die jetzt noch Erfolg verspricht: durch Beteiligung an einer *kollektiven, internationalen Friedenswahrung*, die nicht darauf ausgeht, für den Fall eines Krieges eine möglichst schlagkräftige nationale Einzelarmee zu organisieren, son-

<sup>4)</sup> Ein anderer Offizier, Major im Generalstab, begründete den Drillbetrieb, der, im Gegensatz zur britischen Armee, bei uns nun einmal nötig sei, mit der klassischen Feststellung, daß „eben der Engländer erzogen sei, der Schweizer nicht“. Wes Geistes Kind der Herr ist, das bekundete er auch mit anderen „träfen“ Sprüchen wie diesem: „Mit der stolzen Reverenz des Grusses beweist mir der Mann seine Subordination.“ Wird Potsdam in Seldwyla seine Auferstehung erleben?

dern darauf, einen solchen Kriegsfall überhaupt unmöglich zu machen. Daß auf dem Wege zu diesem Ziel verschiedene populäre Götzen gestürzt werden müssen, ist uns ebenso klar, wie daß es für die Schweiz ein gewisses Risiko bedeutet, alte, gewohnte Geleise zu verlassen und neue Wege zu gehen. Aber das Risiko, das wir zusammen mit dem übrigen Europa laufen, wenn unser Festhalten an dem Dogma von der nationalen Souveränität — bei uns genannt Neutralität — eine wirksame Zusammenarbeit der Völker zur Bannung der Kriegsgefahr verhindern hilft, *dieses* Risiko ist soviel furchtbarer als jenes andere, daß uns seine nüchterne Vergegenwärtigung die Entschlußkraft, die für die Beschreitung des rettenden Weges nötig ist, einfach geben muß.

Wie weit her es übrigens mit der „nationalen Souveränität“ war, der wir uns während des Krieges — und schon vorher — erfreuen durften, daran hat uns in beschämender Weise auch die Veröffentlichung des bundesrätlichen Berichtes über die *Pressopolitik* erinnert, also über die Zenfur des geschriebenen Wortes, der wir unter ausländischem Druck viele Jahre lang unterworfen waren. Von der Einspannung der schweizerischen Industrie in die deutsche Kriegswirtschaft, vom Verdunkelungsunfug, von dem Verbot der „draußen“ nicht genehm gewesenen Kommunistischen Partei, von der lebensgefährlichen Duldung der Fünften Kolonne und anderen Bekundungen unserer nationalen Würde und Unabhängigkeit gar nicht zu reden!

**Hoffnungsvolleres** Ein paar Anzeichen für eine verheißungsvollere Gestaltung unseres öffentlichen Lebens, die während der Berichtszeit erkennbar geworden sind, sollen aber hier doch auch noch Erwähnung finden. Ich denke da zunächst an die schon früher einmal kurz besprochene Motion von Professor Oltramare in Genf zugunsten eines eidgenössischen *Zivildienstes*, die in der Märztagung des Nationalrates begründet werden soll und gute Ausichten auf Erfolg hat, wenn sie auch wohl, um nicht dem Bundesrat einen bindenden Auftrag zu geben, den er ablehnen würde, in ein bloßes Postulat umgewandelt werden dürfte, das dann aber hoffentlich nicht den Weg der meisten Postulate gehen, sondern wirklich zu einem ernsthaften Studium der Frage mit nachfolgender Berichterstattung an das Parlament führen wird. Es ist wahrlich nicht zu früh, daß sich die Schweiz in die Reihe jener Länder stellt, die wie England und seine meisten Dominien, Holland, die nordischen Staaten, Amerika und Rußland, den Dienstverweigerern, sofern diese aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können, die Leistung eines mindestens gleichwertigen Zivildienstes ermöglichen.

Eine erfreuliche Sache kann auch der in Vorbereitung stehende Beschuß des Bundesrates über die Rechtsstellung der in der Schweiz bleibenden *Flüchtlinge* werden, dann nämlich, wenn er diesen Menschen — es handelt sich nur mehr um ein paar tausend meist ältere, kränkliche

oder sonst an der Weiterwanderung verhinderte Leute — endlich die Gleichstellung mit allen übrigen im Lande niedergelassenen Ausländern bringt. Es war uns schon bisher ein schweres Aergernis, daß der getetzte Flüchtlings, möchte er auch der wertvollste Mensch sein, rechtlich viel schlechter gestellt war als der nächstbeste Nazi oder Faschist, wenn sich dieser nur nicht allzu sehr bloßstellte; wenn dieser Anstoß jetzt, da keinerlei Vorwand für seine Duldung mehr geltend gemacht werden kann, nicht glatt und sauber beseitigt würde, so wäre das einfach unerträglich. Ein von zahlreichen Persönlichkeiten unterzeichneter Aufruf, der diese Forderung erhebt und trefflich begründet, hebt mit Recht hervor, daß eine weitherzige, menschliche Lösung des Restes unserer Flüchtlingsfrage wenigstens einen Teil der — schweren und durch nichts zu entschuldigenden! — Versäumnisse wieder gutmachen könnte, welche die, ach, wiederum so souveräne Schweiz so viele Jahre hindurch begangen hat.

Als weiteres günstiges Symptom darf die Wegwahl des freiburgischen „Führers“ Joseph Piller, zuerst aus dem Regierungsrat und danach aus dem Ständerat, angeprochen werden. Diese autoritär-reaktionären Halbgötter sind eben doch nicht allmächtig; mögen sie noch so lange geschaltet und gewaltet haben, wie es sie gelüstete — einmal ereilt sie ihr Schicksal gleichwohl. Ein Menetekel auch für die Herren Etter und von Steiger!

Sollen wir schließlich auch noch die „letzte Chance“ für die Verbesserung der öffentlich-rechtlichen Stellung der *Frau*, die sich jetzt im Kanton Zürich bietet, als hoffnungsvolles Zeichen vermerken? Im *Aargau* hat der Kantonsrat leider einen Regierungsantrag, den Frauen — nicht etwa das volle Stimm- und Wahlrecht (wohin denken Sie auch?), aber doch wenigstens dasjenige in Gemeindeangelegenheiten zu geben, mehrheitlich abgelehnt, so daß es gar nicht vor das „Volk“ — das Männervolk — kommen kann; vielleicht wird dafür das vom *Zürcher* Kantonsrat angenommene Gesetz, das den Frauen — unerhört, so etwas! — die Beteiligung an den Wahlen der Schul-, Kirchen- und Armenbehörden erlauben will, bei den Herren der Schöpfung Gnade finden, auch wenn die zur gleichen Zeit den Stimmbürgern zu unterbreitende Vorlage über die Gewährung des *vollen* Stimmrechtes an die Frauen verworfen werden sollte. Wir sind ja allmählich recht bescheiden geworden in diesem Punkte. Und ich glaube, ich werde doch noch recht bekommen mit meiner schon oft geäußerten Ueberzeugung, daß eher die Frauen der Eingeborenen von Honolulu die Gleichstellung mit ihren Männern bekommen werden als die Nachkommen der Stauffacherin und der Regel Amrain . . ., sofern die Honolulufrauen, als Bürgerinnen der Vereinigten Staaten von Amerika, sie nicht bereits haben!

14. Februar 1947.

Hugo Kramer.